



## Newsletter 3/24, 02. April 2024

**Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,**

regelmäßig erhalte ich sorgenvolle Briefe von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die beschreiben, wie sich die hohe Zahl an Geflüchteten in ihren Kommunen auswirkt und um einen sofortigen Stopp der irregulären Migration bitten. Die jüngste Sitzung der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler am 6. März 2024 führte jedoch nur zu einer oberflächlichen Bestandsaufnahme, verbunden mit allgemeinen Absichtserklärungen. Irreguläre Migration kann so nicht bewältigt werden!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Landesregierungen haben die Bundesregierung wiederholt zum Handeln aufgefordert. Erneut haben wir als Union in einem Antrag im Bundestag gefordert: Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung jetzt ernst nehmen. Humanität und Ordnung gehören in der Asylpolitik untrennbar zusammen. Darüber hinaus haben wir als Opposition einen Gesetzesentwurf zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz („Bezahlkartengesetz“) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Denn eigentlich bestand bereits Einigkeit beim Bund und den Landesregierungen in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken, in dem Leistungen nur noch mit Bezahlkarten oder als Sachleistungen gewährt werden. So sollen Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert, Überweisungen an die Heimatländer

unterbunden und auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden.

Den notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf im Asylbewerber-Leistungsgesetz wollte die Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen. Dennoch liegt bisher kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert. Es wird Sie nicht überraschen, dass die Ampel-Fraktionen unseren Gesetzesentwurf nicht nur vehement kritisiert, sondern auch verunglimpft und schließlich abgelehnt haben.

In den verbleibenden zwei Monaten meines Mandats als Bundestagsabgeordnete stecke ich noch voller Arbeit: Zwei Anträge, die ich seit letztem Jahr mit Kleinen Anfragen und Veranstaltungen mit Expertinnen und Experten zu den Themen „Hospizarbeit- und Palliativmedizin“ und „Frauengesundheit: Menopause“ vorbereitet habe, sind in der finalen Abstimmung mit Kolleginnen und Kollegen. Im Parlamentskreis Suizidprävention drängen wir überfraktionell gemeinsam das Bundesministerium für Gesundheit zum Handeln. Zudem befindet sich der von mir initiierte Antrag zur Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischer Erkrankung in der Befassung im Gesundheitsausschuss – die Expertenanhörung steht hoffentlich bald an.

Es bleibt also noch einiges zu tun, bis ich am 3. Juni als Oberbürgermeisterin der Stadt Weil am Rhein starte!

Ihre



**Das waren Themen und Initiativen in dieser Sitzungswoche:**

**Unterstützung für die Ukraine konsequent fortsetzen – Lieferung des TAURUS-Marschflugkörpers beschließen**

Die Lage in der Ukraine verschlechtert sich von Tag zu Tag immer weiter. Unter enormem Einsatz von Menschen und Material übt Russland hohen militärischen Druck auf den Frontverlauf aus. Moskau setzt auf eine Materialschlacht, auf Terror gegen die Zivilbevölkerung und das ganze Land und wettet gegen unsere Durchhaltefähigkeit bei der Unterstützung der Ukraine. Um den russischen Vormarsch zu stoppen, ist die Ukraine mehr denn je auf die Lieferung von wirksamen Waffensystemen angewiesen. Der Bundeskanzler verweigert weiterhin eine TAURUS-Lieferung mit immer neuen Begründungen. Gleichzeitig brüskiert er mit Aussagen über den angeblichen Einsatz französischer, britischer und amerikanischer Soldaten in der Ukraine unsere engsten Verbündeten.

Seit über zwei Jahren wütet der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir wollen, dass das Töten endet. Damit dieser Krieg vorbeigeht, müssen wir die Ukraine in ihrer Verteidigung auch weiterhin unterstützen. Frieden wird es nur durch Stärke und Abschreckung geben; Schwäche hingegen wird Russland zu weiteren militärischen Abenteuern einladen. Somit geht es in der Ukraine um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur; hier entscheidet sich, ob in Europa künftig das Recht des militärisch Stärkeren oder weiterhin die Stärke des Völkerrechts gilt.

In dieser Situation kommt es entscheidend auf die Geschlossenheit und die Übernahme von politischer Führungsverantwortung an. Doch der Bundeskanzler verwirrt mit seinen ständig wechselnden Aussagen die Bevölkerung und schürt dadurch zusätzlich Ängste. Gleichzeitig setzt er Deutschlands Glaubwürdigkeit bei den europäischen sowie transatlantischen Partnern aufs Spiel. Folgerichtig wächst in den Koalitionsfraktionen der Widerstand. Damit die Ukraine den Krieg gewinnen kann, benötigt sie jetzt entschlossenes Handeln und die dafür notwendige Unterstützung unterhalb der Schwelle eines Kriegseintritts. Dazu gehört auch die Lieferung von TAURUS, worüber wir in dieser Sitzungswoche erneut namentlich abstimmen. Einem in die Debatte eingebrachten Ringtausch, der erneut verzögert, und zusätzliches Vertrauen verspielt, stehen wir zurückhaltend gegenüber. Weder verfügt Großbritannien über unbegrenzt eigene Flugkörper vom Typ STORM SHADOW noch sind diese so leistungsfähig wie TAURUS.

**Verschärfte Risiken der Ampel-Energiepolitik nun durch Bundesrechnungshof amtlich – Jetzt mit Maßnahmen für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung entgegensteuern**

Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass die Bundesregierung den Zielen beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie hinreichend gesicherter, steuerbarer

Kraftwerksleistung hinterherhinkt. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, der Strom ist teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt kann die Bundesregierung nicht umfassend bewerten. Insgesamt haben sich die Risiken seit der letzten Prüfung des Bundesrechnungshofes im Jahr 2021 verschärft.

Zu langsam, zu unsicher, zu teuer: Der Bundesrechnungshof stellt der Bundesregierung ein verheerendes Zeugnis aus. Ohne Kurskorrektur wird das Klimaziel verfehlt, die Wirtschaft beschädigt und die Energiesicherheit gefährdet werden. Die Ampel muss Konsequenzen aus diesem Bericht ziehen: Eine grundlegende Neuausrichtung ist unumgänglich. Dabei muss der Fokus darauf gerichtet werden, wie mit sauberen Technologien Klima und Wirtschaft zusammen gedacht werden können. Nur so wird die Akzeptanz für Klimapolitik dauerhaft gesichert und nur dann können wir auch international ein Impulsgeber werden. Um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, müssen jetzt pragmatisch und effizient alle Energiepotenziale genutzt werden. Nicht nur die Vereinfachungen für die Photovoltaik müssen endlich kommen, sondern auch die längst angekündigten Strategien für Bioenergie, Geothermie und Energiespeicher. Beim Netzausbau sollte für neue Vorhaben schnellere und günstigere Überlandleitungen geprüft werden. Die Kraftwerkstrategie muss, entgegen der von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte, ihrem Namen gerecht werden. Sie muss die von der Regierung selbst ausgemachte Versorgungslücke kosteneffizient und zügig schließen. Das bisherige Versorgungssicherheitsmonitoring der Bundesregierung bedarf dringend der Überarbeitung und muss auf realistischen Szenarien aufbauen. Die Ampel wirft im Bereich der Klima- und Energiepolitik ständig neue Bälle in die Luft, die wenigsten aber bringt sie ins Ziel. Ändert sich das nicht grundlegend, endet das in dem Scherbenhaufen, den der Bundesrechnungshof der Ampel nun attestiert hat.

### **Unser Gesetzentwurf zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes**

Das Bundespolizeigesetz (BPolG) stammt überwiegend aus dem Jahr 1994 und ist überarbeitungsbedürftig. Unser Entwurf sieht eine völlige Neugestaltung des BPolG vor und verfolgt laut Bundesregierung drei wesentliche Ziele: Anpassung der Befugnisse für die Aufgabenerfüllung der Bundespolizei; Ausweitung von Überprüfungen zum besseren Schutz vor Extremisten; sowie mehr „Bürgernähe und Transparenz“. Dazu soll zukünftig bei der Bundespolizei bei Neueinstellungen grundsätzlich eine einfache Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchgeführt werden. Darüber hinaus müssen die Polizeivollzugsbeamten der Bundespolizei zukünftig eine pseudonymisierte Kennzeichnung zur Identifikation tragen. Diese Maßnahme lehnen wir als Ausdruck des Misstrauens gegen unsere Vollzugsbeamten ab. Der Entwurf geht hier von einem Erfüllungsaufwand i.H.v. 30 Mio. EUR aus, z.B. für die Umrüstung von Bekleidung. Das steht außer Verhältnis. Zudem werden bereits heute taktische Kennzeichnungen auf dem Rücken des Einsatzanzuges getragen, welche eine individuelle Identifizierung zulassen. Für die Kennzeichnungspflicht besteht kein Grund. Darüber hinaus sollen die Beamten verpflichtet werden, bei Personenkontrollen zukünftig Kontrollquittungen auszustellen. Auch diese Maßnahme drückt nur Misstrauen gegen die professionelle Arbeit unserer Bundespolizei aus und erhöht den Bürokratieaufwand. Das Gesetz weist zudem erhebliche Lücken auf und gibt der Bundespolizei nicht die Befugnisse, die sie benötigt. Wir werden den Entwurf deshalb ablehnen.

## **Unser Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes zur Verhängung eines Einreise- und Aufenthaltsverbotes auch bei erstmaliger Einreise**

Mit unserem Gesetzentwurf streben wir eine dringend notwendige Rechtsanpassung an: Die derzeitige Gesetzeslage erlaubt es nicht, gefährlichen Personen aus dem Ausland die Einreise nach oder den Aufenthalt in Deutschland zu verbieten, falls diese zuvor noch nie in Deutschland waren. Mit unserem Gesetzentwurf reagieren wir auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nur für Personen zulässt, die bereits ausgewiesen oder abgeschoben wurden. Unser Ziel ist es, das Aufenthaltsgesetz so zu ändern, dass auch Personen, die erstmals nach Deutschland einreisen möchten, ein Einreise- und Aufenthaltsverbot erteilt werden kann, wenn sie eine Gefahr darstellen. So schützen wir unser Land effektiver vor gefährlichen Personen und schließen eine deutliche Lücke im aktuellen Rechtssystem.



**Plenarwoche vom 18. März bis 22. März**

### **Unsere Initiativen dieser Sitzungswoche:**

#### **Antisemitismus in allen Erscheinungsformen aktiv bekämpfen – Keine falsche Nachsicht in Kultur, Bildung und Wissenschaft**

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus an deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der documenta in Kassel oder

jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen „Szene“ zu oft unwidersprochen. II. Unsere Position Antisemitismus ist in Deutschland generell – zu jeder Zeit und an jedem Ort – inakzeptabel. Dies gilt damit selbstverständlich auch in Bildungseinrichtungen, an Hochschulen sowie im Kunst- und Kulturbereich. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle von Antisemitismus. Mit Befremden stellen wir jedoch fest, dass in bestimmten Ausprägungen des Kulturbetriebs antisemitische Einstellungen beinahe salonfähig geworden sind und ihnen nicht im erforderlichen Maße Widerspruch entgegengebracht wird. Zu selten erfolgte eine klare staatliche Antwort – wie etwa die Streichung von Fördermitteln.

Aus Hochschulen erreichen uns Meldungen über gewalttätige Übergriffe auf jüdische Studenten. Jüdische Schüler haben mitunter Angst, zur Schule zu gehen und sind Übergriffen ausgesetzt. Mit einer „Aktuellen Stunde“ auf Antrag unserer Fraktion forderten wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Zudem setzen wir uns für die Förderung von Forschung und Bildungsprogrammen ein, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus widmen und jüdisches Leben stärken. Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Die jüngsten Vorfälle haben gezeigt, dass die Erarbeitung hausinterner „Codes of Conduct“ nicht ausreicht. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen.

Antisemitismus darf in Deutschland im Allgemeinen und in Bildungseinrichtungen, in Kunst und Kultur im Besonderen keinen Platz haben. Wir stehen fest an der Seite der Jüdinnen und Juden. Wir fordern klare Maßnahmen und strukturelle Veränderungen, um Antisemitismus in Schulen, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen sowie in Kunst und Kultur wirksam zu bekämpfen. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und ohne Angst leben können

### **Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen unverzüglich nachbessern**

Mit dem im Jahr 2017 verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen wurden sogenannte „Frühehen“, die im Ausland geschlossen wurden und bei denen mindestens eine Person unter 16 Jahre alt war, in Deutschland für unwirksam erklärt. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte grundsätzlich das Verbot solcher Ehen. Es betonte jedoch die Notwendigkeit, die Folgen unwirksamer Ehen zu regeln. Dies betrifft insbesondere Unterhaltsansprüche für die betroffenen Minderjährigen und die Möglichkeit, eine unwirksame Ehe mit Eintritt der Volljährigkeit – unter bestimmten Schutzmaßnahmen – zu bestätigen. Wenn der Gesetzgeber bis zum 30. Juni 2024 keine Neuregelung trifft, tritt die Regelung insgesamt außer Kraft, mit dem Ergebnis, dass im Ausland geschlossene Ehen mit unter 16-Jährigen wirksam werden. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf auf Seiten der Bundesregierung, um das Verbot von Kinderehen aufrechtzuerhalten und den Schutz der betroffenen Kinder zu gewährleisten.

Mit einem eigenen Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtslage nach den Maßgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts anpasst. Mit unserem Antrag fordern wir klare und effektive Regelungen, um das Wohlergehen der betroffenen Kinder zu schützen und gravierende Nachteile beim Schutz von Minderjährigen zu verhindern. Das Verbot von Kinderehen muss auch nach dem 30. Juni 2024 gewährleistet sein. Ergänzend fordern wir ausreichende Beratungsmöglichkeiten für Betroffene bei Erreichen der Volljährigkeit, die Einführung von Regelungen zur Verhinderung von Missbrauch bei der Bestätigung unwirksamer Ehen nach Volljährigkeit sowie bessere behördenübergreifender Zusammenarbeit. Darüber hinaus müssen Schutzregelungen eingeführt werden, damit unwirksame Ehen nicht informell weitergeführt werden.

Kinderehen müssen in Deutschland auch weiterhin verboten bleiben. Die Bundesregierung muss jetzt tätig werden und schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Rechte und das Wohlergehen der betroffenen Minderjährigen zu schützen. Eine Nachbesserung des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen ist unabdingbar, um schwerwiegende Folgen für das Kindeswohl und die Rechtslage in Deutschland zu vermeiden. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen.



**Gesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach zu Gast beim  
Parlamentskreis Suizidprävention**

Gesundheitsminister Karl Lauterbach stand unserem Parlamentskreis Suizidprävention Rede und Antwort zum Konzept eines nationalen Präventionsplans sowie über den Stand

der Nationalen Suizidpräventionsstrategie und die zentralen inhaltlichen Anforderungen an ein Suizidpräventionsgesetz.

Am 6. Juli vergangenen Jahres haben wir Parlamentarier ein sehr starkes Zeichen hier im Deutschen Bundestag gesetzt! Mit einer überwältigen Mehrheit von 687 Ja-Stimmen, bei nur 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen haben wir die Bundesregierung aufgefordert bis Juni dieses Jahres ein Gesetz zur Suizidprävention vorzulegen, bereits bestehende Strukturen und Angebote der Suizidprävention finanziell zu unterstützen, aber auch weitere anerkannte Maßnahmen umzusetzen.

Eine so eindeutige Beschlusslage wie diese findet sich im Bundestag selten. Um der Umsetzung des Beschlusses Nachdruck zu verleihen, haben wir den interfraktionellen Parlamentskreis gebildet und bleiben dran!



**Diskussion und Austausch über das Thema Wechseljahre in meiner 15. DialogWERKSTATT und bei einem Parlamentarischen Abend mit CDU-Gesundheitsexperten Georg Kippels und der Schriftstellerin Ildikó von Kürthy**

In meiner 15. DialogWERKSTATT diskutierte ich mit Expertinnen und Teilnehmerinnen ein wichtiges Thema der Frauengesundheit: die Wechseljahre. Diese sind für jede Frau ein bedeutsamer Lebensabschnitt, der mit zahlreichen physischen, psychischen und sozialen Veränderungen einhergeht. Im Gespräch stellte sich schnell heraus, dass Information, Aufklärung und Forschung über die Wechseljahre einer Frau nach britischem Vorbild auch in der deutschen Gesundheitsversorgung verankert werden sollten.

In der Diskussion wurde auch klar, dass es in Deutschland insgesamt einen eklatanten Nachholbedarf für das wichtige Thema mit einer gesamtgesellschaftlichen Brisanz gibt. Ich unterstrich, dass wir eine nationale Strategie zur Frauengesundheit brauchen, die internationale Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele, z. B. zur Information und Aufklärung über die Wechseljahre, aufgreift und daraus Leitlinien entwickelt.

Miriam Stein, Journalistin und Autorin („Die gereizte Frau: Was unsere Gesellschaft mit meinen Wechseljahren zu tun hat“, 2022), hält es für unausweichlich, öffentlich über die Wechseljahre zu diskutieren - im politischen, im medizinischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext. Nicht nur, aber auch aufgrund der älter werdenden Gesellschaft und des Fachkräftemangels. Einen Lebensabschnitt, der die Hälfte der Menschen direkt

und die andere indirekt betrifft, als schambehaftetes Nischenthema abzutun, das im Medizinstudium nicht gelehrt und von den Krankenkassen nicht richtig abgerechnet werden kann, sei nicht mehr zeitgemäß.

Elena Lierck, Coach, Trainerin und Fachfrau für Beckenboden und Rektusdiastase, fügte hinzu, dass der Beckenboden der Spiegel der Seele ist. Gerade in den Wechseljahren braucht der Beckenboden daher ganz besondere Aufmerksamkeit.

Dr. Helena Orfanos-Boeckel, Internistin und Nephrologin, Inhaberin der Praxis für ganzheitliche Innere Medizin, hob hervor, dass jede Frau ab 40 über ihren Körper und, was die Wechseljahre persönlich bedeutet, Wissen brauchen. Frauen müssen zudem beraten werden, ob sie es sich aus internistischer Sicht leisten können, die Hormonersatztherapie nicht zu nutzen. Zudem erklärte die Ärztin, es brauche nunmehr einen Paradigmenwechsel in der Medizin, weg von der Behandlung hin zu Prävention.

In derselben Woche konnte ich das Thema während eines Parlamentarischen Abends vertiefen. Unter der Überschrift „Deutschland braucht eine Menopause-Strategie - England macht es vor!“ war ich gemeinsam mit Georg Kippels MdB und Heike Engelhardt MdB als Vertretung der Politik auf dem Podium. Gemeinsam haben wir mit Dr. Katrin Schaudig, Präsidentin, Deutsche Menopause Gesellschaft, Ildikó von Kürthy, Autorin und Journalistin, André Kindling, Geschäftsführer, Besins Healthcare Germany, Susann Atwell, Fernsehjournalistin, u. a. Hessischer Rundfunk darüber diskutiert, wie eine gute Versorgung von Frauen in der Menopause gelingen kann.

Tenor des Abends: Obwohl in den letzten Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema gestiegen ist, braucht es jetzt dringend:

1. Mehr Aufklärung und Sensibilisierung zu diesem Thema.
2. Eine Menopause kompetente Gesundheitsversorgung.
3. Die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber für dieses Thema.
4. Mehr psychosoziale Unterstützung für Frauen mit Menopausen-Problemen.
5. Die Anpassung der ärztlichen Qualifikation und der entsprechenden Vergütung von Leistungen.

---

## Neues aus dem Wahlkreis





**Besuch der Baustelle Zentralklinikum Lörrach mit  
Manuel Hagel MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag BW, Sabine  
Hartmann-Müller MdL und Landrätin Marion Dammann**

Zusammen mit Landrätin Marion Dammann, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag Baden-Württemberg, Manuel Hagel MdL und Sabine Hartmann-Müller MdL besichtigte ich die Baustelle Neues Zentralklinikum Lörrach. Dabei schilderte Landrätin Marion Dammann den Entscheidungsprozess „Lörracher Weg 2.0“ seit 2015, den man als Blaupause für eine Krankenhaustransformation in Baden-Württemberg und auch in Deutschland bezeichnen kann.

Udo Lavendel, Vorsitzender der Kliniken des Landkreises Lörrach, zeigte die aktuellen Knackpunkte im Betrieb der Kliniken auf und machte deutlich, wie sehr die Kliniken in Deutschland auf ein Vorschaltgesetz angewiesen sind, um die Krankenhauslandschaft zu aktualisieren. Benötigt wird aber auch Flexibilität in Förderprogrammen, die vor Jahren an den Start gegangen sind und die aktuellen Entwicklungen nicht mit einbeziehen.

Thomas Schumacher, Bauleiter des neuen Klinikums, führte uns anschließend durch die Baustelle. Die Arbeiten am neuen Zentralklinikum des Landkreises Lörrach schreiten sichtbar voran, Ende 2025 soll es an den Start gehen.

Ich bin als Kreisrätin des Landkreises Lörrach sehr dankbar darüber, dass wir 2017 den „Lörracher Weg 2.0“ - aus 4 Kliniken ein Zentrales Klinikum neu zu bauen - beschrritten haben und uns damit für die Zukunft sicher aufstellen.



### Podiumsdiskussion "Digitalisieren und Gesundheitsversorgung"

Podiumsdiskussion „Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung“ im Startblock Lörrach: Nach einem Grußwort von Manuel Hagel MdL, CDU-Fraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender der CDU-Baden-Württemberg, hatten wir eine lebhafte und inhaltlich hochkarätige Diskussion mit Prof. Dr. Dr. Melanie Börries, Professorin für Medizinische Bioinformatik am Universitätsklinikum Freiburg, Dr. med. Timo Rimner, Medgate Schweiz, Director Service Management, Alexander Mittlmeier, niedergelassener Hausarzt in Maulburg und Vorsitzender Ärztenetzwerk Dreiländereck und Diana Stöcker, Mitglied im Gesundheitsausschuss Deutscher Bundestag.

Unter Moderation Stefan Glaser, Mitglied im Vorstand des CDU-Gemeindeverbands Steinen-Kleines Wiesental, konnten wir als wichtige Schlussfolgerungen festhalten: Wir müssen aktiv kommunizieren, dass Digitalisierung Chancen bedeutet, z. B. zur Verbesserung von Prävention und Früherkennung, um Behandlungsprozesse zu optimieren. Durch die Digitalisierung können Prozesse im Gesundheitswesen gestrafft und Ressourcen effizienter genutzt werden, was auch Kosten spart. Digitale Patientenakten und elektronische Verwaltungssysteme tragen - wenn sie stabil laufen - zur Reduktion von Verwaltungsaufwand bei. Wichtig sind jedoch auch der Datenschutz, die Transparenz der Datennutzung und vor allem Vertrauen zu schaffen.

Das Schlusswort hielt Dietrich Eberhardt, der Kreisvorsitzende der MIT Lörrach, die die Veranstaltung auch finanziell unterstützt hatte. Vielen Dank!

---

## Augenblicke



... zusammen mit Bürgermeister Carsten Vogelpohl, Gemeinde Bad Bellingen, im Gespräch mit Marion Koch vom Verein „Samuel Koch und Freunde“ über die Situation in der Unterkunft Bamlach für Geflüchtete aus der Ukraine ...



... am Long-Covid-Awareness-Day bei einer Protest-Aktion für mehr politische Unterstützung für Long-Covid-Erkrankte mit dem Bild der 12-jährigen Kalea, die mir ganz besonders am Herzen liegt ... am "Internationalen Tag politischer Gefangener" protestierte

ich erneut für die menschenwürdige Behandlung von Fatemeh Ziaei - eines der vielen inhaftierten Opfer des Regimes im Iran ...



... gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen am Ende einer arbeits- und ergebnisreichen Sitzungswoche im Plenum ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,  
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!  
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte  
Personen weiterleiten.

#### **Meine nächsten Termine (Auswahl):**

**Donnerstag, 04. April:** Frauenunion Kreis Lörrach

**Samstag, 06. April:** Verleihung des Ordens „Chevalier de l'Ordre National du Mérite“ an Gaston Latscha, Maire de la commune de Héisingue, Vice-président de Saint-Louis Agglomération, durch Madame Brigitte Klinkert, Questeure de l'Assemblée National, Députée du Haut-Rhin

**8. April bis 12. April:** Plenarwoche Berlin

**Samstag, 13. April:** Frauenunion Aktion Mitreden

**Montag, 15. April:** Besuch Didier Lemaire, Deputé National l'Assemblée National

**Dienstag, 16. April:** Arbeitskreis Palliativmedizin, Kreis Lörrach

**Mittwoch, 17. April:** Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit

**Mittwoch, 17. April:** Ber(li)ner Salon der Deutschen Botschaft, Teilnahme am Podiumsgespräch „Austausch zu Demokratiefragen in Deutschland, der Schweiz und der EU“

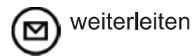
**Donnerstag, 18. April:** EU-Projekttag Realschule Dreiländereck

**Donnerstag, 18. April:** Veranstaltung CDU Hartheim

**Freitag, 19. April:** Aufsichtsgremium Infobest Palmrain

**22. April bis 26. April: Plenarwoche Berlin**

**Samstag, 27. April:** Landesparteitag CDU Baden-Württemberg



---

### Impressum

Diana Stöcker MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de

---